

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

07. - 13. Februar 2026

Beim informellen EU-Gipfel im belgischen Schloss Alden Biesen haben sich Emmanuel Macron und Friedrich Merz demonstrativ geschlossen gezeigt. Beide betonten die Dringlichkeit, Europas Wirtschaft angesichts starken Wettbewerbsdrucks – unter anderem durch China und US-Zölle – zu stärken. Macron forderte schnellere Fortschritte bei der Vereinfachung von Regeln, der Vertiefung des Binnenmarkts, in Energiefragen und bei der Kapitalmarktunion. Merz unterstrich, dass man bei Wettbewerbsfähigkeit und Binnenmarkt weitgehend einer Meinung sei. Hinter den Kulissen bleiben jedoch Differenzen: Deutschland lehnt neue gemeinsame EU-Schulden für Zukunftsinvestitionen weiterhin skeptisch ab. Auch bei der von Frankreich geforderten „europäischen Präferenz“ – also einer stärkeren Bindung öffentlicher Fördergelder an europäische Zulieferer – zeigt sich Berlin zurückhaltend und will solche Maßnahmen höchstens für strategische Sektoren und als letztes Mittel einsetzen. Zudem sorgt in Paris die jüngste Annäherung zwischen Berlin und der italienischen Regierung unter Giorgia Meloni für Unmut.

Seit dem 8. Februar läuft in Frankreich das bislang größte Militärmanöver seit dem Kalten Krieg: Orion 26. Bis Ende April trainieren 12.500 Soldatinnen und Soldaten gemeinsam mit Kräften aus 24 Partnerstaaten – darunter mehrere Nato-Verbündete – den Ernstfall eines hochintensiven Konflikts. Die Übungen finden in 15 Départements statt – vom Grand Est im Nordosten über die Atlantikküste bis nach Französisch-Guayana. Erste Landungsoperationen werden in der Bretagne bei Quiberon durchgeführt, weitere Gefechtsübungen folgen unter anderem in der Champagne. Beteilt sind alle Teilstreitkräfte sowie Cyber- und Weltraumfähigkeiten. Auch der Flugzeugträger Charles-de-Gaulle kommt zum Einsatz. Das Szenario orientiert sich an Planungen der NATO und simuliert eine Bedrohung durch einen expansionistischen Nachbarn.

Im Berufungsprozess um die Affäre der parlamentarischen Assistenten des Front National hat das Pariser Berufungsgericht angekündigt, sein Urteil am 7. Juli 2026 zu verkünden. Ein Termin, der mit besonderer Spannung erwartet wird, da Marine Le Pen eine mehrjährige Haftstrafe sowie eine fünfjährige Unwählbarkeit drohen könnten. Die Staatsanwaltschaft fordert vier Jahre Gefängnis, davon ein Jahr ohne Bewährung, sowie fünf Jahre Amtsenthebung. Die Politikerin hat bereits erklärt, ihre Entscheidung über eine erneute Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 2027 unmittelbar nach dem Berufungsurteil zu treffen. Für den Fall ihrer Verhinderung wurde Jordan Bardella als Ersatzkandidat benannt. Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft spielte Marine Le Pen eine zentrale Rolle in einem System, durch das rund 1,4 Millionen Euro an EU-Geldern zweckentfremdet wurden.

Bruno Retailleau, Vorsitzender der Partei LR und ehemaliger Innenminister, hat seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2027 angekündigt. In einer Nachricht an Abgeordnete und Senatoren der Partei erklärte er, die Entscheidung solle Frankreich einen neuen Kurs bieten, der auf Ordnung, Wohlstand und nationalen Stolz setze. Parteikreise sprechen von einem günstigen Zeitpunkt, da andere mögliche Kandidaten bereits im Gespräch sind.

Der Europaabgeordnete und General Christophe Gomart, Mitglied von Les Républicains (LR), hat im Vorfeld der Kommunalwahlen 2026 in Nizza seine Unterstützung für Eric Ciotti (Chef der UDR und Verbündeter des Rasssemblement national) erklärt. Der ehemalige Geheimdienstchef sprach sich offen für eine „Union der Rechten“ aus und betonte, er würde Ciotti wählen, wenn er in Nizza stimmberechtigt wäre. Gomart, der 2024 auf der LR-Liste ins Europäische Parlament gewählt wurde, begrüßte zugleich seine Parteimitgliedschaft bei LR. Er sehe seine Rolle darin, „innerhalb von LR Einfluss zu nehmen und Veränderungen anzustoßen“. Innerhalb der Partei sorgt die Position für Spannungen. Michèle Tabarot, LR-Abgeordnete und Chefin der LR-Föderation im Département Alpes-Maritimes, wirft Bruno Retailleau vor, die Lage im Département nicht klar genug zu regeln. Sie kritisiert die gleichzeitige Zugehörigkeit Gomarts zu LR und dessen Unterstützung für Ciotti.

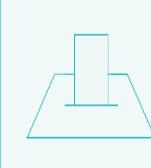
In einem gemeinsamen Appell fordern rund 70 Amtsträger, darunter François Hollande, Elisabeth Borne, Marc Fesneau und Marine Tondelier, die Einführung eines Verhältniswahlrechts für die kommenden Parlamentswahlen. Die Unterzeichner kritisieren das derzeitige Mehrheitswahlsystem mit zwei Wahlgängen, das in Europa einzigartig sei. Ursprünglich sollte es stabile Mehrheiten sichern, doch angesichts der zunehmenden Zersplitterung der

Parteienlandschaft erfülle es diese Funktion nicht mehr. Stattdessen behindere es Kompromisse und begünstige politische Blockbildungen. Ein Verhältniswahlsystem garantiere eine gerechtere Repräsentation der Wählerstimmen, fördere die politische Vielfalt und stärke die Parität. Eine solche Reform sei ohne Verfassungsänderung möglich. Da sich viele politische Kräfte bereits dafür ausgesprochen hätten und Gesetzesinitiativen vorlägen, sei nun rasches parlamentarisches Handeln erforderlich.

Die Epstein-Affäre zieht in Frankreich immer weitere Kreise. Jack Lang, langjähriger Präsident des *Institut du monde arabe* und ehemaliger Kulturminister, ist infolge der Affäre zurückgetreten. Auslöser der Kontroverse waren Enthüllungen über finanzielle Verbindungen zwischen der Familie Lang und Jeffrey Epstein. Im Zuge der Epstein-Affäre taucht auch der Name des französischen Diplomaten Fabrice Aidan in veröffentlichten Dokumenten auf. Außenminister Jean-Noël Barrot zeigte sich „erschüttert“ und „empört“ und leitete sowohl eine Meldung an die Justiz als auch eine Verwaltungsuntersuchung und ein Disziplinarverfahren ein. Medienberichten zufolge soll Aidan zwischen 2010 und 2017 zahlreiche, teils vertrauliche E-Mails direkt mit Jeffrey Epstein ausgetauscht haben. Aidan, der sich derzeit im Status einer Beurlaubung befindet und zuletzt für den Energiekonzern Engie tätig war, wurde von seinem Arbeitgeber vorsorglich suspendiert.

Die angekündigte Ernennung von Amélie de Montchalin zur Präsidentin des französischen Rechnungshofs (Cour des comptes) sorgt für kontroverse Reaktionen. Präsident Emmanuel Macron will die amtierende Ministerin für öffentliche Finanzen zur Nachfolgerin von Pierre Moscovici machen. Vertreter der Regierungsmehrheit begrüßen die Entscheidung und verweisen auf Montchalins fachliche Kompetenz sowie auf die symbolische Bedeutung der Ernennung einer Frau an die Spitze der Institution. Die Opposition hingegen spricht von einem „Skandal“ und warnt vor einem möglichen Interessenkonflikt. Sie bezweifelt, dass eine amtierende Ministerin die Arbeit der Cour des comptes unabhängig und glaubwürdig führen könne.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



François Villeroy de Galhau wird Anfang Juni 2026 vorzeitig als Gouverneur der Banque de France zurücktreten, deutlich vor dem regulären Mandatsende 2027. Er betont, die Entscheidung sei freiwillig erfolgt, weist politischen Druck zurück und begründet den Schritt mit einem geplanten Engagement bei der Stiftung Fondation Apprentis d'Auteuil. Beobachter sehen einen möglichen Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl 2027 und einem denkbaren politischen Machtwechsel. Durch den frühen Rückzug wird rechtzeitig ein Nachfolger für eine sechsjährige Amtszeit ernannt, was der institutionellen Stabilität der Notenbank dient. Villeroy de Galhau gilt als einflussreiche Figur der europäischen Geldpolitik, als pragmatischer Vermittler zwischen unterschiedlichen geldpolitischen Lagern und als regelmäßiger Mahner für Haushaltsdisziplin und Reformen in Frankreich. Auch nach seinem Rücktritt will er sich weiterhin für europäische Themen engagieren.

DIE ZAHL DER WOCHE

21,5 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
-			

Die Arbeitslosenquote in Frankreich ist zum Ende des vierten Quartals 2025 auf 7,9 % gestiegen, wie das Statistikamt Insee mitteilt. Damit setzt sich der seit mehreren Quartalen beobachtete Aufwärtstrend fort. Zum Vergleich: Anfang 2023 hatte die Quote noch bei 7,1 % gelegen, zu Beginn des Jahres 2025 bei 7,5 %. Besonders stark betroffen sind junge Menschen: Die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen erhöhte sich deutlich um 2,4 Prozentpunkte auf **21,5 %**. Während die Quote der 25- bis 49-Jährigen leicht rückläufig ist, bleibt sie bei den über 50-Jährigen stabil. Das Statistikamt Insee betont, dass das Niveau zwar das höchste seit 2021 sei, aber weiterhin klar unter dem Höchststand von 2015 liege. Der erneute Anstieg steht im Kontrast zu Emmanuel Macrons Ziel des „Vollbeschäftigungsniveaus“ von etwa 5 %.